

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d

Inhalt

Annemarie Renger, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, zieht für Bundestagsparteien Lehren aus dem Reichstagsbrand: Demokratische Kräfte müssen koalitionsfähig bleiben. Seite 1

Peter Ulrich und Hans-Jochen Vogel zu Weizsäcker-Koalitionsangebot an die FDP: Der Genscherismus feiert einen neuen Triumph. Seite 3

Karsten D. Voigt MdB schildert, wie die SPD alle Beteiligten zur Rüstungsreduzierung drängt: Wir halten Kurs. Seite 4

Herbert Schnoor, NRW-Innenminister: Für eine liberale Handhabung der Frage nach "atomwaffenfreien Gemeinden". Seite 6

Hans Urbaniak MdB begrüßt die Stahlvorschläge der IG-Metall: Der Egoismus muß verantwortungsvollem Vorgehen Platz machen. Seite 8

Horst Seefeld MdEP beschreibt, daß Europa-Verkehrsparlamentarier einen ersten Fortschritt sehen: Hoffnungsfunke. Seite 9

38. Jahrgang / 39

25. Februar 1983

Demokratische Kräfte müssen koalitionsfähig bleiben

Die Lehren aus dem Reichstagsbrand für die Bundestagsparteien

Von Annemarie Renger MdB
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Vor 50 Jahren, am 27. Februar 1933, brannte der Deutsche Reichstag nieder, wofür die Nazis den holländischen Kommunisten Marinus van der Lubbe verantwortlich machen. Nach dem Grundsatz "wem nützt das" gab es in der Bevölkerung weitestgehend die übereinstimmende Meinung, daß die Brandstiftung von den Nazis selbst in Szene gesetzt worden war. Schließlich lieferte der Reichstagsbrand den Nazis den willkommenen Vorwand, durch hemmungslosen Mißbrauch staatlicher Macht ihre politischen Gegner zu verfolgen und den Parlamentarismus und die Demokratie zu zerstören.

Allein über 3.000 sozialdemokratische Funktionäre wurden unmittelbar nach dem Reichstagsbrand in Gefängnisse und neuangelegten KZs verschleppt. Den kommunistischen Reichstagsabgeordneten wurden die Mandate aberkannt, sie mußten fliehen oder wurden verhaftet. Die ganze Wucht von Verfolgungsmaßnahmen setzte ein, die Tausende von Menschen in die Zuchthäuser, Gefängnisse und Konzentrationslager brachte.

Der Reichstagsbrand bot auch den Anlaß, mit der sogenannten "Verordnung zum Schutz von Volk und Staat" vom 28. Februar 1933, also ein Tag nach dem Reichstagsbrand, das verbliebene Rumpfparlament zu entmachten und die Staatsführung jeglicher parlamentarischer Weisung und Kontrolle zu entziehen. Damit wurde aber die widerrechtliche Verhaftung von Nazigeignern "legalisiert". Alle SPD-Zeitungen und Druckschriften, zuerst in Preußen und dann im ganzen Reich, wurden verboten.

Das alle parlamentarischen Instanzen ausschließende Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933, gegen das als einzige Fraktion die Sozialdemokraten stimmten, war nur noch der Schlußpunkt der endgültigen Zerstörung der parlamentarischen Demokratie durch die Nazis, die mit verbalen Diffamierungen

des Parlaments und seiner demokratischen Institutionen als "Quasselbude", "Systemparteien" und "Novemberverschreiber" und so weiter begonnen hatte.

Wenn es auch nicht gelingen konnte, den Beweis für die Brandstiftung durch die Nazis und die Unschuld von der Lubbe zu erbringen, so ist der Zusammenhang mit den Wahlen vom 5. März 1933, sechs Tage nach dem Reichstagsbrand, unübersehbar.

So schrieb unter anderem der konservative Publizist, Professor Dr. Otto B. Roeggele: "Geht man von diesen Voraussetzungen aus, so erkennt man leicht, wie groß das Interesse war, das die Nationalsozialisten einem weiterhin sichtbaren, das eigene Volk erschütternden, das Ausland beeindruckenden Fanal, wie es der Brand des Reichstagsgebäudes am 27. Februar 1933 war, haben mußten. Zwar hatten sie an der Zerstörung des parlamentarischen Systems tatkräftig und erfolgreich mitgewirkt, hatten den Reichstag oft genug als Schwatzbude verhöhnt und sich über die parlamentarischen Sitten immer wieder brutal hinweggesetzt - aber jetzt war ihnen kein Wort dramatisch genug, um das Verbrechen der Kommunisten zu brandmarken, die angeblich den Reichstag angezündet hatten."

Welche Lehren ziehen wir aus den Ereignissen?

Zu den wichtigsten Erfahrungen aus der Beschäftigung mit den Ursachen des Untergangs der Weimarer Republik gehört, daß man totalitäre Bewegungen vor der Machtergreifung abfangen und die freiheitliche Demokratie vor ihren Feinden schützen muß, bevor es zu spät ist. Dazu gehört auf der einen Seite eine offene Gesellschaft, auf der anderen Seite aber die Erkenntnis, daß man keine Toleranz den Intoleranten gewähren darf.

Weimar hatte nicht zuviel Demokratie. Weimar hatte zu wenig Demokraten. Daran ist die Republik gescheitert. Es kann keinen Grund geben für die Verweigerung in der Demokratie.

Wenn die Situation es erfordert, muß das Interesse des Ganzen über dem Parteiinteresse stehen. Der Grundsatz, daß die demokratischen Kräfte im Deutschen Bundestag miteinander koalitionsfähig bleiben müssen, darf nicht durch menschliche Enttäuschung oder Vertrauensbruch grundsätzlich aufgeköndigt werden.

Die Klarheit und Wahrhaftigkeit der handelnden Personen, eine offene Sprache nach drinnen und draußen, sind die Voraussetzungen für die Identifikation des Bürgers mit seinem Gemeinwesen.

Wer die Jugend für die Demokratie gewinnen will, muß sie erst für den Parlamentarismus gewinnen. Bekennen wir uns zu unserer Demokratie. Und ich darf Gräfin Dönhoff zitieren: "Mein Himmel, wenn wir mit unseren heutigen Schwierigkeiten nicht fertig werden, dann würden wir diesen schwer errungenen Rechtsstaat wirklich nicht verdienen!"
(-/25.2.1983/ks/ca)

+ + +



Der Genscherismus feiert einen neuen Triumph

Weizsäckers Koalitionsangebot richtet sich an die Partei der Pfründewirtschaft

Von Peter Ulrich

Landesvorsitzender der Berliner SPD

und Dr. Hans-Jochen Vogel

Vorsitzender der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin
und SPD-Kanzlerkandidat

Das förmliche Koalitionsangebot Richard von Weizsäckers an die Berliner FDP markiert den vorläufigen Endpunkt einer Entwicklung, die gekennzeichnet ist durch einen beschämenden Verfall des politischen Anstands in der Berliner FDP.

Richard von Weizsäcker muß wissen:

Sein Koalitionsangebot richtet sich an eine Partei, die gegenüber ihren Wählern wortbrüchig geworden ist. Im vergangenen Wahlkampf hatten sich die Berliner Liberalen für die Fortsetzung der Koalition unter Führung des Regierenden Bürgermeisters Vogel ausgesprochen.

Richard von Weizsäcker muß wissen:

Sein Koalitionsangebot richtet sich an eine Partei, die in den vergangenen zwei Jahren mit massiver Unterstützung von Kreisen der Bauwirtschaft, durch gezielte Eintrittswellen nach rechts gewendet worden ist.

Richard von Weizsäcker muß wissen:

Sein Koalitionsangebot richtet sich an eine Interessengemeinschaft von Taktikern, deren Programm zusammengeschrumpft ist auf den Erwerb von Posten und Pfründen. Der programmatisch ausgewiesene Liberalismus blieb dabei auf die Strecke.

Die Wackelei der FDP begann vor zwei Jahren in Berlin. Ihre innerparteiliche Wandlung zu einem Wurmfortsatz der CDU ist jetzt auch hier vollzogen. Der Genscherismus feiert einen neuen Triumph. Doch die Liberalität wurde dabei zu Schanden. Berliner Liberale werden sich eine neue Heimat suchen müssen. (-/25.2.1983/ks/ca)

+ + +



Wir halten Kurs

Sozialdemokraten drängen alle Beteiligten zur Rüstungsreduzierung

Von Karsten D. Voigt MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Der amerikanische Präsident Reagan hat unterstrichen, daß die USA zwar jeden ernsthaften Gegenvorschlag der Sowjetunion prüfen würden, er hat selber aber bisher keinen eigenen Gegenvorschlag zu den Vorschlägen des sowjetischen Generalsekretärs Andropow angekündigt. Aus diesem Grunde müssen wir nach wie vor neben weiteren sowjetischen Zugeständnissen die Bereitschaft des amerikanischen Präsidenten zu konstruktiven Gegenvorschlägen anmahnen.

Die Auffassung, des amerikanischen Präsidenten, daß falls es nicht zu einer beiderseitigen Null-Lösung käme, auf jeden Fall neben den amerikanischen Marschflugkörpern cruise missiles auch Pershing II in der Bundesrepublik stationiert werden müßten, ist für uns Sozialdemokraten nicht akzeptabel: Wir sind nach wie vor der Meinung, daß als Ergebnis von umfangreichen Verringerungen der sowjetischen SS 20-Potentiale die Stationierung nicht nur der cruise missiles, sondern auch der Pershing II in Westeuropa überflüssig gemacht werden soll. Insbesondere aber drängen wir auf Rüstungskontrollverhandlungen und Rüstungskontrollergebnisse, die die Stationierung der Pershing II in der Bundesrepublik Deutschland überflüssig machen unter anderem auch deshalb, da diese Waffe ausschließlich in unserem Land stationiert werden soll.

Der US-Präsident muß mit aller Deutlichkeit auch darauf hingewiesen werden, daß der NATO-Doppelbeschuß kein Datum für den Beginn einer Stationierung von Mittelstreckenraketen nennt. Es darf keine Automatik beim Ob, beim Was oder beim Wieviel geben. Sowohl die Entscheidung über das Ob einer Stationierung wie auch die Entscheidung über den eventuellen Beginn einer solchen Stationierung bedarf einer erneuten politischen Beratung und Beschlußfassung.

Von besonderer politischer Pikanterie ist, daß sich inzwischen der Raketenkoalition zwischen US-Präsident Reagan und dem amtierenden Bundeskanzler Kohl als dritter im Bunde Frankreichs Kommunistenführer Marchais hinzugesellt hat. Nach einer ap-Meldung von Donnerstag hat sich Marchais im anglo-amerikanischen Presseclub von Paris für die Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen ausgesprochen. Radikal wie Reagan und Kohl.

Unakzeptabel ist für uns auch die Aufforderung des sowjetischen Außenministers Gromyko an die westeuropäischen Staaten, sich im Zusammenhang mit der Diskussion über die Mittelstreckenpotentiale in Ost und West von der Position der USA zu trennen und einen eigenen Standpunkt zu vertreten. Dieser Hinweis ist gerade von sowjetischer Seite völlig unglaubwürdig. Wir haben nicht vergessen, daß die Sowjetunion die SS 16, die ursprünglich als Interkontinentalrakete so ausgelegt war, daß sie die USA erreichen konnte, im Zusammenhang mit den SALT II-Vereinbarungen zwischen USA und UdSSR um eine Stufe reduzierte, so daß sie zwar nicht mehr die USA, wohl aber Westeuropa erreichen konnte. Insofern ist, so ironisch das klingen mag, das SS-20-Problem auch ein Ergebnis sowjetischer Rücksichtnahme auf die USA, aber fehlender Rücksichtnahme auf die Westeuropäer.



Auf Kritik muß auch die Haltung des Vertreters der Bundesregierung in Genf bei der UN-Abrüstungskommission stoßen. Der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland Henning Wegener hat dort am Donnerstag Vorschläge sowohl für atomwaffenfreie Zonen als auch für von chemischen Waffen freie Zonen in Mitteleuropa zurückgewiesen. Diese Haltung des Beauftragten der Bundesregierung stößt auf unseren Widerspruch. Wir Sozialdemokraten unterstützen neben einer weltweiten Ächtung chemischer Waffen auch Vorschläge, die dazu führen, daß aus Ost und West in Europa die chemischen Waffen abgezogen werden. Wir halten die Stationierung chemischer Waffen auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland für militärisch nicht erforderlich und sind deshalb auch für einen Abzug dieser Waffen. Die Begründung für eine Ablehnung des Vorschlages chemiewaffenfreier Zonen durch die Bundesregierung, daß chemische Waffen schnell wieder in eine solche von Chemiewaffenfreie Zone hineingeflogen werden könnten, kann ebenso gut als Begründung für die militärische Unbedenklichkeit chemiewaffenfreier Zonen angesehen werden.

Auch die pauschale Ablehnung atomwaffenfreier Zonen stößt auf unsere Kritik. Wir sind der Auffassung, daß der Vorschlag der Palme-Kommission, auf beiden Seiten der Grenze von NATO und Warschauer Pakt eine atomwaffenfreie Zone von jeweils ungefähr 150 Kilometer zu vereinbaren, Unterstützung verdient. Eine atomwaffenfreie Zone ist besonders dann sinnvoll, wenn sie mit vereinbarten Reduktionen konventioneller Bewaffnung in Ost und West verbunden ist.

Ein erster Schritt könnte die erhebliche Verringerung der taktischen atomaren Gefechtsfeldwaffen sein. Deren Verringerung wäre auch aus der Sicht extremer Befürworter dieser Waffen ohne Gefährdung der Sicherheit sogar einseitig vollziehbar. Das wäre eine wirklich vertrauensbildende Maßnahme.

Die Staaten des Warschauer Paktes haben bei den Wiener MBFR-Verhandlungen in den letzten Tagen einen neuen Vorschlag eingebracht. Dieser Vorschlag verdient eine ernsthafte und konstruktive Prüfung. Wir mahnen die Bundesregierung an, diesen Vorschlag nicht einfach zu übergehen. Trotz Wahlkampf sollte dieser Vorschlag schnell und konstruktiv mit dem Ziel einer baldigen Vereinbarung beantwortet werden.

(-/25.2.1983/ks/ca)

+ + +



Ich werde meine Linie weiterverfolgen

Für eine liberale Handhabung der Frage nach "atomwaffenfreien Gemeinden"

Von Herbert Schnoor

NRW-Innenminister

Das Interesse und Engagement in der Bevölkerung für verteidigungs- und friedenspolitische Fragen begrüße ich. Auch ist es das selbstverständliche Recht der Bürger und Parteien, ihre Meinung über solche Fragen einzeln oder gemeinsam durch Entschlüsse oder dergleichen zum Ausdruck zu bringen. Davon zu unterscheiden sind Aufgaben und Befugnisse der Gemeinden.

Wie ich bereits vor Monaten erklärt habe, überschreitet ein Gemeinderat seine Zuständigkeit, wenn er zu Fragen der Friedens- und Sicherheitspolitik generell Stellung nimmt. Solche Fragen fallen in die Zuständigkeit des Bundes.

Entgegen der Auffassung der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen (AsJ) haben die Gemeinden nicht das Recht, die Bundes- oder Landespolitik generell mit Stellungnahmen zu begleiten. Sie sind rechtlich beschränkt auf die Angelegenheiten des "örtlichen Wirkungsbereichs". Die Wahrnehmung bundes- oder landespolitischer Anliegen gehört nicht zu ihren Aufgaben.

Unser mehrstufiges Staatswesen ist wesentlich auf den gegenseitigen Respekt vor den Aufgaben der anderen Gliederungsteile angewiesen. Mit Recht verwahren sich die Gemeinden und Kreise gegen Eingriffe in die kommunale Selbstverwaltung. Umgekehrt sollten aber auch sie die Zuständigkeiten von Bund und Land achten.

Gegen rechtswidrige Gemeinderatsbeschlüsse müssen die Aufsichtsbehörden nicht automatisch vorgehen. Das Gesetz räumt ihnen einen Handlungsspielraum ein, innerhalb dessen sie sich über das Ob und Wie ihres Vorgehens nach pflichtgemäßem Ermessen klarzuwerden haben. Im Falle des bekannten Beschlusses des Rates der Stadt Marl vom 30. September 1982 habe ich die Aufsichtsbehörden angewiesen, von kommunalaufsichtlichen Maßnahmen abzusehen, weil der Beschluß keine rechtlichen Wirkungen hatte. Außerdem war der Beschluß politisch nicht von solchem Gewicht, daß in ihm bereits ein Eingriff in die Bundeskompetenz gesehen werden mußte.

Von Anfang an habe ich in meinen Erlassen und Hinweisen keinen Zweifel daran gelassen, daß die Kommunalaufsicht einschreiten würde, wenn sich eine Gemeinde in einem Einzelfall einer rechtlich gebotenen Mitwirkung gegenüber einem konkreten Vorgehen der zuständigen Stellen des Bundes entziehen sollte. Die Aufsichtsbehörden werden auch dann vor einer veränderten Situation stehen, wenn Ratsbeschlüsse wie in Marl sich derart häufen, daß sich der an sich zuständige Bund der Gefahr einer Beeinflussung seiner Politik ausgesetzt sieht.

Von je her haben Gemeinderäte gelegentlich Beschlüsse gefaßt, für die bei strenger Betrachtung eine kommunale Zuständigkeit nur schwer oder überhaupt nicht besteht. Vor langen Jahren hat beispielsweise der Rat der Stadt Castrop-Rauxel eine Volksbefragung beschlossen, ob die Bürger für einen Zusammenschluß aller europäischen Staaten zu einem Bundesstaat eintreten. Ebenso wenig wie diesen Beschluß hat der damalige Innenminister die Ratsbeschlüsse der Städte Düsseldorf und Wermelskirchen



zur Abrüstung im Jahre 1958 beanstanden lassen. Weitere Beispiele kommunaler Zuständigkeitsüberschreitungen sind Stellungnahmen der Gemeinden zu generellen Fragen der Wirtschaftspolitik, Kondolenzadressen beim Ableben bekannter ausländischer Staatsoberhäupter. An der bisherigen weitherzigen Haltung der Aufsichtsbehörden gegenüber diesen und ähnlichen Gemeinderatsbeschlüssen halte ich fest, soweit es sich um Stellungnahmen der Gemeinden zur Friedens- und Sicherheitspolitik handelt.

Hierin werde ich bestärkt durch das Verhalten der meisten anderen Bundesländer, die ebenfalls gegen Gemeinderatsbeschlüsse über Atomwaffen bislang nicht eingeschritten sind. Hierher gehört auch das in dem Zusammenhang häufig erwähnte Bayern, das die Gemeinden lediglich zu einer freiwilligen Zurücknahme der entsprechenden Beschlüsse bewegen will. Laut einer kürzlichen Mitteilung des Bundesministerium des Innern (BMI) hat sich das Auswärtige Amt bereit erklärt, auf friedens- und sicherheitspolitische Anliegen der Gemeinden einzugehen. So hat beispielsweise der Bürgermeister der Stadt Westerland auf eine entsprechende Entschließung der Stadtvertretung ein die Politik der Bundesregierung erläuterndes Schreiben des Beauftragten der Bundesregierung für Rüstungskontrolle und Abrüstung erhalten. Die Bundesregierung sieht sich danach in ihrer Politik durch die gegenwärtigen Stellungnahmen der Gemeinden zur Zeit nicht beeinträchtigt.

Es ist aus der Luft gegriffen, wenn behauptet wird, ich hätte die Bürgermeister angewiesen, Anträge, die jeweilige Gemeinde zur "atomwaffenfreien Zone" zu erklären, auf die Tagesordnung der Gemeinderatssitzung zu setzen. Gegenüber den Bürgermeistern steht mir ein Weisungsrecht überhaupt nicht zu.

Auf zahlreiche Anfragen habe ich in dem Erlaß an die Kommunalaufsichtsbehörden die Auffassung vertreten, daß der Bürgermeister auf Vorschlag einer Fraktion das Thema auf die Tagesordnung setzen muß. Über Vorschläge bestimmter Ratsminderheiten hat ausschließlich der Rat zu entscheiden. Ich habe die Aufsichtsbehörden gebeten, diese übrigens in den Kommentaren einhellig vertretene Meinung ihrem Verwaltungshandeln zugrunde zu legen. Die diese Frage regelnde Vorschrift ist seinerzeit zur Verstärkung der Rechte von Ratsminderheiten aufgenommen worden. Die gegenteilige Auffassung, die dem Bürgermeister ein Zurückweisungsrecht gewährt, bedeutet eine Minderung des mit der Vorschrift bezweckten Minderheitenschutzes.

In diesen Tagen werde ich von verschiedenen Seiten aufgefordert, meine bisherige Haltung in dieser Frage aufzugeben und gegen die jeweiligen Gemeinden mit ganzer Strenge vorzugehen. Ich werde jedoch meine Linie innerhalb der aufgezeigten Grenzen weiter verfolgen.

(-/25.2.1983/ks/oa)

+ + +



Die IG Metall weist einen gangbaren Weg

In der Stahlfrage muß der Egoismus verantwortungsvollem Vorgehen Platz machen

Von Hans Urbaniak MdB

Stellvertretender Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für
Arbeitnehmerfragen in der SPD (AFA)

Die Situation, in die die deutsche Stahlindustrie durch die ruindöse Subventionspolitik der anderen EG-Staaten gestürzt wurde ist nach wie vor krisenhaft. Aus diesem Grund ist es zu begrüßen, daß sich die IG Metall gestern in einer Stahlkonferenz in Dortmund öffentlich mit diesem Thema befaßt hat.

Die Bundesregierung hat bewiesen, daß sie nicht in der Lage ist, die Krise zu meistern und die deutschen Interessen gegenüber den anderen EG-Staaten mit Nachdruck durchzusetzen. Im Gegenteil: Man muß den Eindruck gewinnen, daß sie bereit ist, die deutsche Opfergrenze noch zu erhöhen, eine Einstellung, der ganz energisch begegnet werden muß.

Auch der Vorschlag der Stahlmoderatoren ist für die SPD und die betroffenen Arbeitnehmer nicht akzeptabel. Begrüßenswert ist jedoch der Vorschlag, der gestern von der IG Metallkam, einen Stahlausschuß zu bilden, dem Bund, Länder, IG Metall-Vertreter und Unternehmensvertreter angehören sollen. Auf diese Weise könnte auch verhindert werden, daß bei geplanten Umstrukturierungen der Unternehmen die Mitbestimmung in Gefahr gerät. Zusätzlich könnte in einem solchen Ausschuß dafür Sorge getragen werden, daß bei staatlichen Beteiligungen regionale Interessen Berücksichtigung finden.

Ich glaube, man kann das in Dortmund Vorgetragene der IG Metall als gute Grundlage betrachten, wie man die Krise in den Griff bekommt. Die Zeiten, wo die Stahlunternehmen nur nach der Konkurrenz geschickt haben, um danach ihr Handeln zu bestimmen, müssen endgültig vorbei sein. Dieses Verhalten und das unsolidarische Vorgehen der anderen EG-Partner hat uns schon genug Verluste von Arbeitsplätzen und Kapazitäten gekostet.

Es wird höchste Zeit, daß dieses egoistische Handeln einem verantwortungsvollen Vorgehen Platz macht. Die IG Metall hat gestern in Dortmund einen gangbaren Weg dazu aufgezeichnet.

(-/25.2.1983/ks/ca)

+ + +



Hoffnungsfunke

Europas Verkehrsparlamentarier sehen einen ersten Fortschritt

Von Horst Seefeld MdEP

Mitglied des Vorstandes der Sozialistischen Fraktion

Vorsitzender des Verkehrsausschusses im Europäischen Parlament

Die Verkehrspolitiker des Europäischen Parlaments haben begrüßt, daß der amtierende Ratspräsident, Bundesverkehrsminister Dr. Werner Dollinger nach einer ausführlichen Diskussion mit dem Verkehrsausschuß des Europäischen Parlaments spontan eine Sondersitzung des Rates der Verkehrsminister einberufen hat. Bei dieser Ministerrats-sitzung am 23. Februar in Brüssel wurde über ein von der EG-Kommission vorgelegtes Arbeitsprogramm "auf dem Weg zu einer gemeinsamen Verkehrspolitik" beraten.

Dieses Programm der Kommission zeigt hoffnungsvolle Ansätze für einen richtigen Weg und gibt zugleich Zeitpläne vor. Erfreulich ist dabei, daß das Programm auf Vorstellungen beruht, die vom Europäischen Parlament erarbeitet und zur Vorlage erbeten wurden (Bericht Carossino).

Der Ministerrat hat nun die Kommissionsvorlage an die ständigen Vertreter überwiesen. Das war auch bisher üblich, aber im allgemeinen endeten viele der seitherigen Vorschläge der Kommission damit in den Schubladen des Rates - das will man offensichtlich jetzt verhindern, denn der amtierende Ratspräsident hat seinen Kollegen - was ebenfalls erfreulich ist - über seine Gespräche im EP-Verkehrsausschuß berichtet und somit auch die dort vorhandene Unzufriedenheit über den Stand der EG-Verkehrspolitik wiedergegeben und für die nächste Ratstagung im Juni die Punkte der Tagesordnung angekündigt, die von der Kommission für das erste Halbjahr 1983 als durchsetzbar bezeichnet wurden.

Für die europäische Verkehrspolitik besteht nach der Sondersitzung noch kein Grund zur Euphorie. Immerhin glimmt ein Hoffnungsfunke - aber erst nach der Tagung im Juni wird sich herausstellen, ob die guten Absichtserklärungen vom 23. Februar auch zu Beschlüssen bei den dann zur Entscheidung anstehenden Themen

- Dringlichkeitsprogramm 1983 bis 1985
- finanzielle Unterstützung
- Zusammenarbeit der Eisenbahnunternehmen
Personenverkehr, kaufmännische Unternehmensführung einschließlich der Preisbildung
- Gewichte und Abmessungen
- erste Steuerrichtlinie
- abgabenfreie Einfuhr von Treibstoff
- Durchführung des Zusatzprotokolls Nr. 2 zur Mannheimer Akte
- Erleichterung der Grenzformalitäten

führen. Bis dahin bleiben die Verkehrspolitiker des Europäischen Parlaments weiterhin skeptisch, nicht zuletzt wegen der bisherigen schlechten Erfahrungen mit dem Ministerrat. Festzuhalten bleibt, daß nach dem Einreichen der Untätigkeitsklage gegen die EG-Verkehrsminister, diese offensichtlich der gemeinschaftlichen Verkehrspolitik mehr Gehör und Zeit schenken wollen. Am 23. Februar haben die Vertreter der zehn Regierungen rund fünf Stunden lang intensiv beraten und nur zwei der Minister haben gefehlt. Auch das war früher anders. Allerdings darf nicht verkannt werden, daß nach wie vor unterschiedliche Auffassungen bei einzelnen Regierungen über die Prioritäten für eine gemeinschaftliche Verkehrspolitik vorhanden sind. Die Interessen sind eben noch verschieden und es bedarf weiterer Anstrengungen, um hierbei zur Angleichung der Standpunkte zu kommen.

Alles in allem: Ein kleiner Stein ist ins Rollen gekommen. Hoffentlich hält ihn niemand auf und wird er in die richtige Richtung gewiesen. (-/25.2.1983/ks/ca)